

## „Zeithombe für Rümmelsheim“

**KIESGRUBE** Bürgerinitiative befürchtet, dass jahrelang belastetes Erdreich abgeladen wurde

Von Wolfgang Bartels

**RÜMMELSHHEIM.** „Haben Sie eine Vorstellung, welche Menge 162.500 Kubikmeter Erdmassen sind? Das sind 300.000 Tonnen oder 8500 Lkw-Ladungen.“ Doch auch dies kann man sich kaum bildlich vorstellen. Die Rümmelsheimer Gerhard Stumm und Harald Wolf haben große Sorgen, welche Belastungen diese Erdmassen für ihr Dorf noch bringen werden.

Man steht am Rande einer ehemaligen Kiesgrube. Mit Blick auf Rümmelsheim. Schlammige Erdmassen, wohin das Auge blickt. Hinten liegt Münster-Sarmsheim, zu dessen Gemeindegebiet ein Teil der Grube gehört. Hier wurde bis Anfang der 2000er Jahre Kies ausgebaggert. Als der Kies zu Ende ging, war das Geschäft



Harald Wolf (links) und Gerhard Stumm haben große Sorgen, dass Schadstoffe aus der ehemaligen Kiesgrube im Laufe der Zeit hinunter nach Rümmelsheim sickern.  
Foto: Wolfgang Bartels

**) Es ist ein Skandal, dass Unternehmern, die ein Riesengeschäft gemacht haben, jetzt nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden. Die Behörden haben wissentlich zugeschaut und alles geduldet – bis heute.**

Gerhard Stumm,  
Bl Lebenaum Untere Nahe

en Proben bei der Anlieferung entnommen worden, doch Ergebnisse hat die Bürgerinitiative „Lebensraum Untere Nahe e.V.“, zu der Stumm und Wolf gehören, nie gesehen, trotz aller Kontakte zu den Ämtern.

für die Firma Gaul (Spredlin gen) noch lange nicht vorbei. Das Unternehmen bot die Grube an zur Entsorgung von Abfall Erdmassen. Stumm, damals im Gemeinderat, beobachtete mit Unbehagen die Lkw-Kolonnen: „Die haben Endreicht aus Hessen herangeschafft, belastet mit krebserregenden Stoffen, von allen möglichen Großbaustellen zwischen Gießen und Frankfurt. In Hessen war es damals schon verboten, solche Bauabfälle einfach in Gruben abzukippen, aber in Rheinland-Pfalz eben nicht.“ Was genau die Erdmassen enthielten, ist nicht bekannt. Zwar wurde von den Behörden behauptet, es sei-

Stoffe liegen nicht vor.“ Doch ein Gutachten zum Sickerwasser wurde bis jetzt nicht veröffentlicht.

Stumm weist darauf hin, dass auf dem etwa fünf Hektar großen Gelände vier Bohrstellen niedergebracht worden seien, um eine eventuelle Belastung des Grundwassers zu erfassen: „Viel zu wenig, um die Gefahren abzuschätzen. Wenn dort heute keine Belastungen gemessen werden, heißt das nur, dass die Schadstoffe noch nicht angekommen sind. Da ruht eine Zeitbombe über Rümmelsheim.“ Was es für den Weinbau bedeuten würde, wenn teer- oder mineralöhlhaltige Substanzen ins Wasser gelangen, will sich Stumm lieber nicht ausmalen. Immerhin hat das Bergamt der Bürgerinitiative eine Aktenansicht angeboten, die am 13. März in Mainz stattfinden soll. In einer Mitgliederversammlung am 15. März um 20 Uhr in der Trollbachhalle will die BI dann die Öffentlichkeit über das Ergebnis informieren.

#### Landesamt für Bergbau räumt Unregelmäßigkeiten ein

Auf Anfrage der AZ muss der Direktor des Landesamtes für Geologie und Bergbau, Georg Wieber, tatsächlich einräumen, dass „im Rahmen der Bergaufsicht Unregelmäßigkeiten bei der Verfüllung von Fremdmassen“ festgestellt worden seien.

Da sich die Kiesgrube oberhalb von Rümmelsheim mit seinen berühmten Weinlagen und Gärten befindet, befürchtet die Bürgerinitiative, dass im Laufe der Jahre Schadstoffe aus den belasteten Erdmassen heraussickern und sich dann im Grundwasser wiederfinden. Das Landesamt dagegen sagt: „Hinweise auf die Ablagerung wassergefährdender

Schon vor Jahren, genau am 7. April 2011, hatte die Bürgerinitiative bei der Staatsanwaltschaft Mainz Strafanzeige gegen den Grubenunternehmer gestellt. Diese gab das Verfahren weiter an das Landesamt zwecks Festsetzung eines Bußgeldes wegen einer Ordnungswidrigkeit. Dazu ist es jedoch nie gekommen.

Gegenüber der Bürgerinitiative habe jetzt vor einer Woche ein Mitarbeiter des Landesamtes erklärt, die Verjährungsfrist sei verstrichen, weil die Staatsanwaltschaft dem Landesamt die Akten zu spät zugestellt habe. Das erfahren die Bürgerinitiative erst auf Anfrage sechs Jahre nach Erstaltung der Anzeige.

#### Staatsanwaltschaft stellt Akten zu spät zu

Landesamtsdirektor Wieber erklärt nun gegenüber der AZ mit „freundlichem Glückauf“, er möchte betonen, „dass seitens der Bergbehörde keine Verschleppungen von Ordnungswidrigkei-

ten stattgefunden haben. Diesen Vorwurf weise ich mit Nachdruck zurück!“ Gegen die Staatsanwaltschaft Mainz hat Stumm inzwischen eine Dienstaufsichtsbeschwerde über Justizminister Herbert Mertin eingereicht.

Stumm und Wolf wollen es darüber nicht bewenden lassen. Sie fordern, dass die abgelagerten Erdmassen auf Schadstoffe überprüft werden: „So lange nicht geklärt ist, was da drin ist, muss die Grube behandelt werden wie eine Mülldeponie.“ Bezahlten müssen wird eine solche Untersuchung mit folgender Sanierung aller Voraussicht nach der Steuerzahler.

Der damals verantwortliche Unternehmer könne wohl kaum noch haftbar gemacht werden, so Stumm: „Es ist ein Skandal, dass Unternehmen, die ein Riesengeschäft gemacht haben, jetzt nicht mehr zur Verantwortung gezo gen werden. Und die Behörden haben wissentlich zugeschaut und alles geduldet – bis heute.“ ▶ **KOMMENTAR**

---

**KOMMENTAR**

---



## Gehängt

Wolfgang Bartels  
zur Kiesgrube Rümmelsheim

*az-kreiskh@vrm.de*

**W**as ist der Unterschied zwischen einer Zigarettenkippe, die vielleicht ein Gramm wiegt, und knapp 300 000 Tonnen belastetem Erdreich? Ganz einfach: Die Kippe kostet beim illegalen Wegschnippen ein Bußgeld von 20 Euro. Und das illegale Entsorgen des Erdreichs nach Adam Riese? Sechs Billionen Euro. Richtig gerechnet, aber trotzdem

falsch. Das kostet nämlich gar nichts – nicht in Rümmelsheim. Die Behörden geben zwar zu, dass es in der ehemaligen Kiesgrube „Unregelmäßigkeiten bei der Verfüllung von Fremdmassen“ gegeben habe. Aber passiert ist nichts. Selbst ein Ordnungswidrigkeitsverfahren wurde als „verjährt“ eingestellt, nachdem die Akten auf den Ämtern geschlummert hatten. Da greift sich der gesetzestreue Bürger an den Kopf. Soll die illegale Ablagerung von belasteten Erdmassen nicht mal mehr ein Kavaliersdelikt sein? Was soll der Bürger denken, der brav die Mülltrennung von Gelb nach Schwarz, von Blau nach Braun praktiziert? Und dann sehen muss, wie die Umwelt im Großen Geschäftsinteressen geopfert wird? Die brutale Wahrheit ist: Hier hat jemand ein Riesengeschäft auf Kosten der Allgemeinheit gemacht – und die Behörden haben zugeschaut. Die Nachkommen werden die Altlasten zu tragen haben. Wie heißt das alte Sprichwort: Die Kleinen hängt man, die Großen lässt man laufen.